

Feuilleton

Der verfezte Charakter.

Von Sv. Cech. (Schluß.)

Es vergingen fünf Jahre. Wir sehen Alfred in einem von jenen wirbelnden Kreisen, wo schäumender Champagner in Strömen fließt, Brillanten blitzen und Samt und Seide rauschen. Taghellen Glanz, sprühende Wasserfälle, farbige Schatten in den Wässern, be rauschende Düfte, prachtvolle Gärten — alles das hat hier der Dämon des Goldes an einen Ort zusammengetragen und es zum Abbilde einer märchenhaft schönen Landschaft geformt. Alfred sieht sehr gut aus. Die Umrisse seines Körpers haben an Rundung gewonnen, seine Wangen strotzen von Gesundheit, sein Auge strahlt von Zufriedenheit. Man sieht, daß er den Becher der Wollust in gemessenen Zügen schlürft, mit der Bedachtsamkeit eines echten Epikuräers. Der Mangel des Charakters schlägt ihm vortrefflich an. Dort seine Frau. Aber ist sie jenes schöne, gefühllose Mädchen, deren Bild vor fünf Jahren seine Phantasie in die letzten Rauchwölkchen hineingezaubert? O keineswegs! Das Eis ihres Herzens war zwar im Glanze von Alfreds Dukaten gebrochen, aber Alfreds Herz hatte sich plötzlich in Eis verwandelt. Ihn lockte das holdselige Bild des Mädchens nicht mehr, das ihm aus dem Blau duftiger Rauchwolken einst entgegenlächelte, nein — von lauterem flimmerndem Golde war es jetzt umrahmt. Er liebte zwar sein Weib nicht, doch auch sie liebte ihn nicht; das störte beide aber nicht im geringsten. Vor der Welt liebten sie sich und in der Stille des Privatlebens — Pah! ein Tor, der sich den Lebensgenuss mit alten Vorurteilen vergällt!

Die Charakterlosigkeit Alfreds ist ein öffentliches Geheimnis: jeder kennt dieselbe, jeder liest sie ihm an der Stirne. Und doch hebt er seine Stirne stolz in die Höhe und alles beugt vor ihm dehnmütig das Haupt. Seine Brust ist mit Orden geschmückt; die höchsten Ehren werden ihm zuerkannt; Würde, Schönheit, Klugheit liegt zu seinen Füßen. Rechtschaffene Väter stellen ihn ihren Söhnen als leuchtendes Vorbild vor die Augen: seht, wohin er sich emporgeschwungen! Durch welche Mittel — eh, was liegt daran, wenn sich nur alle vor ihm beugen. Graugelockte Greise, die über die Verderbtheit der jetzigen Welt eifern, verjüngen sich bei seinem Händedruck, griesgrämige Philosophen heitern ihr Gesicht auf bei seinem gnädigen Lächeln, die Beschützer des Rechts antichambrieren bei ihm, politische Parteien liefern feinehalben grimmige Kämpfe, sein Name wird in panegyrischen Artikeln, Journalen, Broschüren, Legikis und Lesebüchern dem Volke aufgezungen — und in jenem Kämmerlein unter dem Dache, wo er seinen Charakter verfezt hat, sitzt wieder ein schlanker, blasser, Jüngling in abgenützten Pantoffeln, in verfezten Kleidern und bedziert ihm beim letzten Aufplackern der Talgkerze ein langes Gesicht, voll von Begeisterung für die erhabenen Ziele der Menschheit...

Und ich — ich würde lieber eine Ode an das Gold schreiben! Eine solche wäre der Zeit würdig! Derzawins Ode an Gott hat sich schon überlebt; für unsere Zeit hat sie keinen Wert mehr außer in der Form, in welcher sie der Kaiser von China verewigt, nämlich mit goldenen Lettern auf seidnem Vorhang.

Ja, Gold ist der Abgott unseres Jahrhunderts! Der Himmel verkündet seinen Ruhm; über dem Monde — (dem Taler) und den Sternen — (der kleinen Silbermünze) — strahlt ein riesiger Dukaten — die Sonne. Und auf Erden beugt sich vor dem Golde jedes Knie — in Monstranzen und auf Kreuzen beten wir es an. Unter verschiedenen Namen, auf die allermannigfaltigste Weise

dienen wir ihm: die einen nennen es Glauben, die andern Liebe, andere Recht und Wahrheit, andere wieder sündhaften Mammon, alle aber verehren es mit gleicher Innigkeit. Des Goldes wegen predigen wir Moral, vergießen unser Blut auf Schlachtfeldern, opfern uns dem Vaterlande, lieben die Menschheit, arbeiten mit Hand und Hirn, satteln den Pegasus — des Goldes wegen schreibe auch ich mit stumpfer Feder meine Satyre. O helles, mächtiges, göttliches Metall — ich preise dich, vor dir im Staube liegend. Tag und Nacht mollt' ich auf goldner Harfe goldne Saiten rühren und den Lobgesang an dich mit deinem eigenen, himmlischen Klang begleiten! Sicherlich verzeiht Ihr, herzlichste Brüder im Golde, diese Abschweifung von meiner Erzählung, die ich dem gewidmet habe, was mir und euch unter der Sonne am teuersten ist.

Ein gallonierter Diener meldete Alfred, draußen stehe ein schmutziger Jude, der mit aller Gewalt Einlaß begehre. Alfred erinnerte sich seines vor fünf Jahren verfezten Pfandes.

„Führ' ihn in mein Kabinett,“ gebot er.

Es ist ein trauliches, wonneatmendes Gemach. Vom Fußboden bis zur Decke sind die Wände mit Bildnissen von schönen, feurigen, feinen, stolzen, zarten, üppigen Frauen geschmückt, alle in Stellungen und Toiletten, die ein keusches Mädchen dem Spiegel nicht anders anvertraut, als bei verschlossener Tür.

Und wieder standen Alfred und der gespenstige Jude einander gegenüber.

„Du hast dich verspätet,“ sagte jener, indem er einen Blick auf die Uhr warf.

„Ja, bei Bestechungen,“ erwiderte ihm der Jude. „Und dabei kam ich um einen schönen Charakter, den ich im Ausland gekauft. An der Grenze konfiszierte man mir ihn. Man wußte nicht bestimmt, ob der Ankauf von Charakteren unter die Regalien des Staates gehöre. Und so schickte man den lieben Charakter sub sig. ein Eintel von einer Kanzlei in die andere — Gott weiß wohin, aber so viel weiß ich, daß der arme Charakter in der ersten Kanzlei wie Eis in der Sonne zu schmelzen begann und bevor er in die dritte eintrat, blieb von ihm nichts, als das Sig. ein Eintel und etwas Streufand darauf...“

„Du bringst mir mein Pfand zurück, nicht wahr?“ fiel ihm Alfred ins Wort.

„Allerdings, Euer Gnaden!“ erwiderte der Jude und zog aus dem Kasten eine schmutzige Büchse.

„Nun behalte' ihn nur. Ich kümmere mich nicht mehr darum. Ich habe mich überzeugt, daß man ohne Charakter sehr gut leben kann, ja noch besser als mit ihm. Aber etwas würde ich dir noch verkaufen.“

„Nun?“

„Etwas Schamgefühl ist mir geblieben, das mir zeitweilig Annehmlichkeiten bereitet. Das möcht' ich dir verkaufen.“

Aron zuckte die Achseln, schüttelte den Kopf und erwiderte unter widrigem Lachen: „Kein Geschäft! Dieser Artikel ist längst schon aus der Mode gekommen. Bitte Euer Gnaden nur die Wände Ihres Zimmers anzusehen...“

Der Streber.

Wer nach Besitz nur lungert,
dem ist's schon recht,
daß stetig darbt und hungert
Werkmann und Ackersknecht;
er hängt sich an die Schöße
der Großen dieser Welt,
er gibt sich jede Blöße —
Um's Geld!

Audorf.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Arbeiterpolitik

АРХИВ
БУХЛАА

1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 26

.. Erscheint wöchentlich einmal. ..
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 16. Dezember 1916

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellselb

Inhalt:

Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes	Seite 201
Die Beitragssperre in Bremen	202
Der „Vorwärts“-Konflikt	203
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (Fortf.)	205
Die erste Wahlschlacht des deutschen Parteizentrums	207
Aus unserm politischen Tagebuch	208

Die Arbeitsgemeinschaft

des deutschen Volkes.

1. Die Stellung des Bürgertums.

Sämtliche deutsche Zeitungen erklären übereinstimmend, daß, so lange der Reichstag existiert, er ein ähnlich einschneidendes Gesetz, wie das vom 2. Dezember über den sog. Vaterländischen Hilfsdienst, nicht angenommen hat. Alle Zolltarife, Gewerbeordnungen sind ein Papperlapapp verglichen mit dem Gesetz, daß der Regierung erlaubt, eine Fabrik stillzusetzen oder sie mit einer anderen zu verbinden, ihr eine beliebige Produktion zuzuweisen, daß die ganze Arbeiterklasse in Land und Stadt vollkommen der Verfügung der Regierung unterstellt. Und während bei jedem anderen wirtschaftlichen Gesetz die verschiedenen Gruppen der besitzenden Klassen monatelang über ihren Anteil am Profit und an der Last miteinander haderten, erledigten sie dies Gesetz in ein paar Tagen. Wie ist das möglich, wodurch wird das erklärt? Man komme uns nicht mit der Deklamation, daß der Patriotismus allein dies Wunder bewirkt habe. Denn wenn auch die Bourgeoisie alle Gründe hat, patriotisch zu sein, so hat ihr Patriotismus bisher keine Gruppe des Bürgertums daran gehindert, mit voller Kraft und Ausdauer für ihre Interessen zu kämpfen. Die Eile mit der die bürgerlichen Parteien das Gesetz erledigten, erklärt sich ganz anders.

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmungen arbeitet bereits für den Krieg, sie steht zu diesem Zwecke vollkommen organisiert da. Nicht nur die Munitionsindustrie, sondern auch die Werkzeug-, Lebensmittel-, Bekleidungsindustrie arbeiten mit Vollkraft für die Versorgung der Armee. Nur ein sehr kleiner Bruchteil der Mittelbetriebe in der Textil- und Luxusindustrie, wird event. zu tieferegehenden Änderungen durch das Gesetz gezwungen. Und weil es sich nur um einen kleinen Bruchteil der Bourgeoisie handelt, besteht auch die Möglichkeit, ihn für alle eventuellen Verluste voll zu entschädigen. Die „Organisation der Produktion“, der

„Kriegssozialismus“ und wie all diese schönen sozialpatriotischen Benamungen lauten, war schon vor dem Gesetz da. Die Periode des Imperialismus brachte schon vor dem Kriege die weitgehendste Kartellierung und Verknüpfung der Hauptzweige der Industrie, der Krieg führte denselben Prozeß bei den übrigen herbei, indem Lieferungskartelle usw. zwecks Verteilung der Regierungsaufträge gebildet wurden. In das Verhältnis zum imperialistischen Staat bringt das Gesetz keine Änderungen hinein, die die Bourgeoisie ängstigen könnten. Ihre Produktion war schon früher „geregelt“ durch Kartelle und Trusts, die in den Banken eine höhere Einheit und in der Regierung eine Kontrollinstanz hatten. Die landwirtschaftliche Produktion war vor dem Kriege stark zersplittert und ist es geblieben. Wo der Staat sich nicht auf selbstständige siegreiche Konzentrationstendenzen der Wirtschaft stützen konnte, war er auch trotz des Belagerungszustandes nicht imstande die Produktion zu organisieren und ließ die Hände davon.

Die kapitalistische Produktion bleibt durch das Hilfsgesetz unberührt in dem Zustande, in dem sie sich bisher befand. Aber die allgemeine Arbeitspflicht, die das Gesetz proklamiert? Nun alle in staatlichen, kapitalistischen Betrieben beschäftigten Bourgeois, alle Ärzte, Rechtsanwälte usw., wie alle in allerhand Kriegsorganisationen (Rotes Kreuz) „philantropischen“ Einrichtungen, patriotischen Komitees und in der Presse beschäftigten Personen gelten im Sinne des Hilfsgesetzes arbeitend. Ein kleiner Rest, der bisher noch nicht im Sinne dieses Gesetzes tätig war, braucht nicht zu fürchten, daß er zu einer nichtstandesgemäßen Arbeit genötigt wird, denn das Gesetz schreibt im § 8 vor: „bei der Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit, sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.“ „Ein unbeholfenes gelehrtes Haus werde ich nicht hinter den Schraubstock stellen“ — erklärte unter allgemeiner verständnisvoller Heiterkeit des Reichstags der General Gröner, der Leiter des neuen Kriegsamtes, das diese „Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes“ — wie er sich ausdrückte — leiten wird. Die Heranziehung aller Frauen würde Hunderttausende der Damen aus der höheren und mittleren Bourgeoisie in Mitleidenschaft gezogen haben. Aber man hat darauf verzichtet. Die Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen arbeiten auch ohne Zwang des Gesetzes, durch die Verhältnisse dazu gezwungen.

Auch in materieller Hinsicht bedroht das Gesetz die

Kapitalisten nicht. Alle Anträge auf Besteuerung der Kriegsgewinne sind abgelehnt worden. Der Kriegsprofit bleibt unangetastet. Dagegen verschwindet die Angst vor den Streiks, denn die Arbeiter sind jetzt zur Arbeit verpflichtet. Es verschwindet auch die Notwendigkeit erst durch Lohnerhöhung Arbeiter heranzuziehen: das Kriegsammt wird die Arbeiter verteilen. Die Agrarier sind jeder Angst vor der Arbeiterflucht enthoben, da der zweite Absatz § 2 erklärt; „Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem Land- und wirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Ueberweisung in eine andere Beschäftigung im Vaterländischen Dienst herangezogen werden.“

Die Großindustriellen aus Rheinland-Westfalen und ihre junkerlichen Helfershelfer wandten sich nur gegen die Bildung von Arbeiterausschüssen, die ihnen die Wünsche der Arbeiter vorbringen sollen. Sie sahen darin die Durchbrechung des „Herr-im-Hause“-Prinzips. Aber bald beruhigten sie sich. Wenn die Arbeiter nicht streiken dürfen, wenn die Streitigkeiten von Schlichtungskommissionen aus der Welt geschaffen werden sollen, in denen die Beamten die letzte Wort behält, so hat man von solchen Ausschüssen nichts zu befürchten: faktisch bleibt man Herr im Hause.

Das Mysterium der schnellen Zustimmung der Kapitalisten zum Vaterländischen Hilfsgesetz ist also kein Mysterium. Das Gesetz erlaubt alle Kräfte des Landes für die Kriegführung aufs schärfste anzuspinnen, es zieht neue Kräfte heran, erlaubt zentral über sie zu disponieren, hebt das Streikrecht auf. Dem steht keine Minderung der persönlichen Freiheit der Kapitalisten, keine Schmälerung ihres Profits gegenüber. Das Gesetz vollendet, was die ganze vorhergehende imperialistische Epoche vorbereitet hatte: den Ausbau eines imperialistischen Feudalismus, mit seiner Fesselung des Arbeiters an die Fabrik, der Aufhebung der Freizügigkeit, der Arbeitspflicht. Nur ein paar Ideologen des Liberalismus, wie der Abg. Gothein, konnten eine gewisse Anlust bei der Aufhebung der Verfassung des alten Kapitalismus mit seinem freien Arbeitsvertrage usw. nicht los werden. Die Bourgeoisie als Klasse erstrebte schon seit 20 Jahren diesen „Kriegssozialismus“.

Die Beitragsperre in Bremen.

Die Bremer Parteiorganisation hat als erste in Deutschland die Beitragsperre beschlossen. Seitdem festgestellt, daß der Parteivorstand im Bunde mit der Generalkommission der Gewerkschaften, der Fraktionsmehrheit und dem Parteiauschuß die Politik des 4. August fortsetzen werde, entwickelte sich die Opposition in Bremen zu immer größerer prinzipieller Klarheit.

Es galt zunächst die Köpfe der Arbeiter über das Wesen der sozialpatriotischen Politik aufzuklären, um so die Grundlage für das oppositionelle Handeln zu gewinnen. Die bremischen Arbeiter wissen heute, daß die sozialpatriotische Politik nur eine mit sozialen Phrasen verbrämte Spielart der bürgerlichen Politik ist und daß es eine Verhöhnung mit ihr nicht geben kann. Angesichts dieser Tatsache, die den bremischen Arbeitern trotz eifriger, die Sachlage vertuschender Gegenagitation des Parteizentrums nicht verborgen geblieben ist, entwickelte sich immer mehr die Notwendigkeit, die Vertreter der Politik

des 4. August nun auch als Klassegegner zu behandeln. So wurde der Parteisekretär, der zugleich Firmenträger des Geschäfts der „Bremer Bürgerzeitung“ ist, mit erdrückender Mehrheit von einer außerordentlichen Generalversammlung aus dem Amte entlassen. So beschloß die bremische Arbeiterschaft, sich von der sozialpatriotischen Politik der Fraktion des Kommunalparlaments, der bremischen Bürgererschaft, der sie zum Zwecke der Landesverteidigung und des Durchhaltens des Budget bewilligt hatte, loszusagen. So wurde der Beschluß gefaßt, den sozialpatriotischen Geschäftsführer der Firma Schmalfeld u. Co., ein willfähiges Werkzeug in den Händen der Ebert und Müller, zu entlassen. So sollte zum 1. Januar 1917 den beiden sozialpatriotischen Redakteuren Donath und Sonnemann gekündigt werden. Alles Maßnahmen, die als Ausdruck des Willens zu betrachten waren, mit den Sozialpatrioten grundsätzlich zu brechen.

Die neuerliche Bewilligung der Kriegskredite, das Manöver des Parteivorstandes auf der Reichskonferenz, die Entlassungen am „Vorwärts“, sowie endlich das zustimmende Verhalten der Fraktionsmehrheit zum Zivildienstgesetz wirkten zusammen, um den Boden für die Sperrung der Beiträge zu bereiten. Es bedurfte nur des Anstoßes und der Stein kam ins Rollen. Die Linksradikalen waren entschlossen, den Kampf bis zum äußersten zu führen. Die vorhergehenden Maßnahmen waren die Vorbereitungen; die Beitragsperre war der erste entscheidende Schritt.

Das Parteizentrum spielte zwar auch längere Zeit mit dem Gedanken des Beitragsperre; zum Handeln aber kam es nicht. Und als die Entscheidung bevorstand, beschworen die Vertreter des Zentrums die Arbeiter, den Beschluß nicht zu fassen. Sie sagten mit ihren Einwänden den Arbeitern nichts neues. Daß der Parteivorstand erklären werde, die Organisation, die die Beitragsperre durchführe, stelle sich außerhalb der Partei, daß er, der übrigens mit 75000 Mk. als Firmenträger am bremischen Parteigeschäft beteiligt ist, sofort seine Gegenmaßregeln treffen werde, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ endgültig in die Hände des Parteivorstandes übergehen werde: das alles haben die Linksradikalen den bremischen Arbeitern schon lange gesagt. Trotzdem ließen sie sich nicht von sogenannten taktischen Bedenken leiten, wie das Zentrum, das durch sein Verhalten die Tatsachen immer wieder vertuschte und dadurch die Aufklärung der Arbeiter verhinderte.

Für die Linksradikalen war in jeder Phase des Kampfes der Grundsatz Lassalles maßgebend: aussprechen, was ist! in dem Bewußtsein aber, daß die Folgen unter allen Umständen für die Arbeiterklasse günstig sein werden. Es war der bewußte Bruch mit der diplomatischen Feinarbeit, die die bisherige Instanzenpolitik auszeichnete; es war das bewußte Bekenntnis zum offenen Kampfe, wie er nur der Arbeiterpolitik eigen sein kann.

So traten die Linksradikalen für die Beitragsperre ein, im vollen Bewußtsein der Konsequenzen ihrer Propaganda. In einer ausführlichen Resolution legten sie ihren Standpunkt dar (wir bringen sie an anderer Stelle unseres Blattes. Red. d. „Arbeiter.“). Es handelt sich für sie um einen bloß vorbereitenden Schritt zur Spaltung mit den Sozialpatrioten. Die bremische Arbeiterschaft hat über die Resolution nicht abgestimmt; die Sperre aber

hat sie beschlossen. Was voraus zu sehen war trat ein: Der deutsche Parteivorstand erklärte, die bremische Organisation stehe außerhalb der Partei und beauftragte seine gehorsamen Diener in Bremen mit der Gründung einer neuen Partei, der er den Segen der Legitimität geben wird. Die „Bremer-Bürger-Zeitung“, ruhmreich radikalen Angedenkens, ist in die Hände der Sozialpatrioten übergegangen. Der Sozialpatriot Donath, ist Chefredakteur geworden. Der linksradikale Redakteur Knief wurde entlassen. Der „Bremer-Bürger-Zeitung“ wurde durch einschneidende Bestimmungen das Genick der radikalen Politik gebrochen. Die beiden Vertreter des Parteizentrums, Henke und Holzmeier, wurden weiter in der Redaktion geduldet. Sie sind bis heute in der Redaktion verblieben.

Taten klären mehr und gründlicher auf als Worte. Jedem bremischen Arbeiter ist heute klar, daß die Arbeiterschaft nicht ein Jota Recht besitzt in der Organisation, die sie selbst unter Opfern und Mühen aufgebaut hat, daß dieses Recht und mithin die Macht in den Händen derer liegt, die sie als ihre juristischen Personen, vielfach als „Treuhand“ in den Besitz der bürgerlichen Rechte gesetzt haben. Das ist entscheidend bei allen Konflikten, denen die Partei entgegengeht. Aufgebaut auf der Grundlage des bürgerlichen Rechtes, benützt die Bureaucratie jetzt dieses Recht im Kampfe gegen das proletarisch-politische Recht der Arbeiterdemokratie. Und im Bunde mit dem bürgerlichen Recht wird die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie über die Arbeiterdemokratie siegen, bis die Bürokratie in den Kämpfen der Arbeiterschaft versinkt.

Die bremische Parteiorganisation hat sich durch ihren Beschluß außerhalb der Partei gestellt, erklärt der Parteivorstand. Der Parteivorstand hat sich seit dem 4. August 1914 außerhalb der Partei gestellt, erklären die bremischen Arbeiter. Sozialdemokrat ist, wer den § 5 des Organisationsstatuts erfüllt und 20 Proz. der örtlichen Beiträge an die Zentralkasse abführt, sagt der Parteivorstand. Sozialdemokrat ist, wer auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze steht und den Klassenkampf in jeder Phase der historischen Entwicklung führt, sagen die Arbeiter. Das Wesen der Sozialdemokratie besteht in den Paragraphen des Parteistatuts, sagt der Parteivorstand. Das Wesen der Sozialdemokratie besteht im revolutionären Geist der Massen, sagen die Arbeiter. So steht Auffassung gegen Auffassung. Und wer entscheidet? Lediglich die Macht. Der Parteivorstand steht mit seinem ganzen Organisationsstatut allein, wenn er keine Macht über die Massen mehr hat, und seine Macht über die Massen schwindet in demselben Maße, wie die Arbeiter ihre Befreiung von der bürgerlichen Klasse durchführen, d. h. sie schwindet nicht eher als bis die Arbeiter durch ihren Kampf den Weg des Sozialismus beschreiten.

Die „Bremer Bürger-Zeitung“ ist in den Händen der Sozialpatrioten; sie ist endlich dort, wohin sie gehört. Niemals, solange die jetzigen Rechtsformen des bremischen Parteigeschäfts bestanden, hatten die bremischen Arbeiter irgendein wirkliches Recht über das Geschäft. Weder die Preßkommission noch die Generalversammlung konnte ihren Willen durchsetzen, sobald ihr Streben gegen den Willen der Firmenträger und des beteiligten deutschen Parteivorstandes ging. Den Arbeitern fehlte jede Macht; sie hatten lediglich Pflichten. Sie haben

jetzt völlige Klarheit über diese Tatsachen gewonnen. Und kein Preis ist zu hoch, mit dem diese Erkenntnis gewonnen werden muß.

Das bremische Parteizentrum hat auch in diesem Kampfe seine historische Rolle, die Verhältnisse zu vertuschen und zu verwirren, durchgeführt. Der Führer des Zentrums, Henke, vermied in der „Bremer Bürger-Zeitung“ alles, was den Kampf gegen den Sozialpatriotismus auf eine prinzipielle Grundlage hätte stellen können. Er bekannte sich gegen die Notwendigkeit der Spaltung, er vermochte in den Sozialpatrioten keine Klassegegner zu erkennen; er war für die Beitragsperre, wollte ihre Durchführung aber von gewissen Bedingungen abhängig machen; er verhinderte den aufklärenden Kampf gegen die Arbeiterschaft, diesen phrasenhaft aufgeputzten Deckmantel des Sozialpatriotismus; er wirkte im Vorstand der bremischen Organisation für die Aufhebung des Beschlusses der Beitragsperre, und der Parteivorstand entschied sich in seiner Mehrheit für den Standpunkt Henkes.*

Jetzt ist Henke Mitglied der Redaktion geblieben und hilft so die Auffassung verbreiten, als könne er noch weiter in der Zeitung wirken. Das wird manchen Arbeiter hindern, den Kampf gegen die Zeitung prinzipiell zu führen, wird manchen Arbeiter hindern, die Zeitung, die nunmehr sozialpatriotisches Blatt geworden ist, abzubestellen. So wirkt das Zentrum überall verwirrend, wo es nur auftritt. Aber die Sozialpatrioten haben zu gründliche Arbeit gemacht, als daß sich noch viel vertuschen ließe. Die Leidtragenden werden die Zentrumsleute sein. Die Linksradikalen werden den Kampf konsequent weiterführen. Sie scheuen kein Opfer und sind bereit, wenn es sein muß, die Sache der Arbeiterbewegung ganz von vorne zu beginnen.

* Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der Aufruf des bremischen Parteivorstandes auch die Unterschrift des linksradikalen Genossen Ertinger trägt. Selbstverständlich handelt es sich hier mindestens um ein Versehen, wenn nicht um die Absicht, durch die Unterschrift Ertingers Verwirrung zu stiften. Ert. erklärte sich im Vorstand wohl für eine nochmalige Behandlung der Frage, war aber sonst gegen den Standpunkt des Aufrufs, über den jedoch gar nicht abgestimmt war.

Der „Vorwärts“-Konflikt.

„Der Verlauf der Reichskonferenz und das Verhalten der nominellen Mehrheit scheint uns deshalb die Gewähr zu bieten, daß die Zeit der parteipolitischen Verfehlung der „Minderheit“, der instanzmäßigen Verurteilungen endgültig vorüber ist, und daß dem Kampf der Geister und der Prinzipien freier Spielraum gegeben wird, wie es ja der demokratische Charakter der Partei ohnehin als selbstverständlich voraussetzt.“ So schrieb am 24. September der „Vorwärts“, das damalige Hauptorgan des Zentrums der deutschen Sozialdemokratie. Als wir diese Auffassung als gefährliche Illusion zurückwiesen, wußten wir noch nicht, daß schon am 17. Oktober der deutsche sogen. Parteivorstand unter dem Schutz des Belagerungszustandes seine Faust auf den „Vorwärts“ legen, daß die gutgläubige Zentrumsredaktion unter die Leitung Hermann Müllers, als des Vertreters der physischen, und Friedrich Stampfers als des Vertreters der „geistigen“ Gewalt des sozialpatriotischen Generalstabes gestellt werden würde.

Nun, der „Vorwärts“ war gewesen, und seine zentrierte Redaktion tobte in den Spalten der „Leipziger Volkszeitung“ (vom 19. Oktober) ihren Kagenjammer aus: „Der Parteivorstand rückte mit eiserner Konsequenz . . . auf das Ziel los, daß er sich gestellt hat. Und dies Ziel war: die Berliner Organisation bei der Entscheidung vollständig an die Wand zu drücken“.

Die Entrüstung über die eiserne Konsequenz des politischen Gegners ist immer ein Zeichen der eigenen Inkonsequenz. Die Entrüstung über Sozialpatrioten, die sich des Belagerungszustandes gegen die Sozialdemokraten bedienen, ist nur ein Beweis, daß man den Zusammenhang zwischen dem Sozialpatriotismus und dem Belagerungszustand noch nicht erkennt. Aber wenn dem Verurteilten das Recht auf Schimpfen zuerkannt wird, so muß man den Enttäuschten das Recht auf Entrüstung zuerkennen, wenn er sich nur durch die erhaltenen Schläge belehren läßt.

Das schien der Fall zu sein; schrieben doch die Vorwärtsredakteure in dem zitierten Artikel: „Der Gewaltthun des Parteivorstandes wird sich durch papierene Proteste verteuft wenig imponieren lassen. Er versteht nur die Sprache der Gewalt, nur Handlungen können ihn eines besseren belehren. Handlungen, die ihm beweisen, daß die Berliner Arbeiterschaft keine Masse urteils- und grundsatzloser Heloten ist, sondern daß sie nur ein Blatt lesen, daß ihre Ueberzeugung, ihren Willen vertritt. Bleiben diese Beweise aus, so wird sich der Parteivorstand mit eifrigem Lachen des Hohes über alle Protestkundgebungen hinwegsetzen. Die Berliner Genossen haben jetzt einmal ihren Mann zu stehen.“ So schreiben in der „Leipz. Volksztg.“ die Stroebel, Stadthagen und Däumig. Und sie gaben den Berliner Arbeitern das Beispiel, wie man seinen Mann steht. Sie blieben in der Redaktion des Blattes, das zum Regierungsorgan wurde, sie blieben, als dieses Blatt den unerhörten Artikel Stampfers über Friedrich Adler brachte. Nicht genug: Ledebour beginnt im „Vorwärts“ eine liebevolle Kagenbalgerei über den Parlamentarismus: Bernstein läßt in diesem Blatte (schon nach dem erwähnten Stampferartikel!) eine statutarisch-historische Belehrung drucken, die das „Unrecht“ der Ebert und Scheidemann beweisen soll. Sie diskutieren mit dem Eindringling, der sie aus ihrem eigenen Hause mit Hilfe der Staatsgewalt hinausgeworfen hat. Sie bemerken nicht nur das Würdelose ihres Vorgehens nicht, sondern sie bemerken nicht einmal, daß sie dem Vorstand durch ihr Geschreibsel den Beweis liefern, daß er gar nicht die „Meinungsfreiheit“ im „Vorwärts“ unterdrückt.

Nach diesem Anfang konnte man nicht im Zweifel sein über die „Taten“, die da folgen werden. Wie ist die Lage? Die Berliner sozialdemokratische Organisation hat den „Vorwärts“ endgültig verloren. Sie wird ihn nicht nur unter dem Belagerungszustand nicht zurückbekommen, sondern — wenn sie nicht kuschelt — auch nach dem Kriege nicht. Denn sucht sie die von den einzelnen Wahlkreisen gewählten Firmenträger, die juristischen Besitzer des Blattes, zu ändern, so werden die Sozialpatrioten parallele Wahlkreisvereine gründen. Die bürgerlichen Gerichte werden dann höchstwahrscheinlich entscheiden, daß die legitimen Vereine die sind, die von dem Partei-

vorstand anerkannt werden. Somit wird der „Vorwärts“ sein Eigentum bleiben.

Was hatte die Opposition demgegenüber zu tun? Sie hatte erstens die sozialdemokratischen Massen über den Zustand zu informieren. Dies kann nur geschehen, indem man die klipp und klare Boykottparole ausgibt. Sie hatte zweitens zwischen sich und den Nutznießern des Belagerungszustandes das Tisch Tuch zu zerschneiden: das geschieht durch die Beitragsperre, indem sie erklärt: diesem Parteivorstand keinen Groschen! Sie hatte sich drittens mit anderen oppositionellen Organisationen darüber zu verständigen, wie man die Partei von einem solchen Parteivorstand befreit, wie man der Opposition entsprechende Agitationsorgane sichert. Alle diese Maßregeln schlug die größte Berliner Wahlkreisorganisationen, Teltow-Beeskow, in der die entschiedene Linke die Mehrheit besitzt, vor. Auf Antrag Borchardts, Zirkels, Frasseks wurde von ihr, entgegen Kautsky u. Ko., Boykott des „Vorwärts“, Beitragsperre, Verständigung der Opposition im ganzen Reich vorgeschlagen. In der Generalversammlung von Großberlin gewannen die Wortführer des Parteizentrums: Haase, Hoffmann, Ledebour, Stroebel noch einmal die Oberhand. Sehen wir uns ihre Taten an!

Die Arbeiter sollen den „Vorwärts“ nicht boykottieren, sondern ihn nur nicht bezahlen. Falls die Zentrumsleute annehmen, daß der Vorstand daraufhin die Zustellung des Blattes an die Nichtzahlenden unterbricht, dann bedeutet das Ausweichen vor der Boykottparole: nur die Angst vor der eigenen Kourage. Aber was werden sie tun, wenn der Vorstand den „Vorwärts“ ruhig liefert, in der Ueberzeugung, daß, wer ihn nimmt, ihn auch später bezahlt? Statt der Diskreditierung der Sozialpatrioten ein Spiel also, ein Schäckern, das die Arbeiter irreführt. Das ist die erste Tat.

Die Vorwärtsredaktion soll dann unter der Leitung Stampfers und Müllers weiterleben und so in den Arbeitern die Ueberzeugung wecken, als ob im „Vorwärts“ trotz des Gewaltreiches des Parteivorstandes noch irgend etwas sozialistisches stände. Sie soll aber gegen den Parteivorstand auf Kontraktbruch klagen. Denn nach dem Kontrakt ist die Redaktion eine kollegiale, der Parteivorstand aber habe einen Chefredakteur, Müller, eingeführt. Nun, das Gericht wird anerkennen, daß der Parteivorstand den Kontrakt gebrochen hat, und wird den Redakteuren das Recht zuerkennen, aus der Redaktion auszutreten und sich das Gehalt für ein Vierteljahr auszahlen lassen. Handelt es sich für die zentrierte Redaktion um das Gehalt, oder um die Erlangung der tödlichen Waffe gegen die Scheidemann und Ebert, nämlich um die gerichtliche Bescheinigung des Kontraktbruchs?

Zum Schluß schwangen sich die Zentrumsleute zu einer Resolution auf, die den Parteivorstand als ehrlos erklärt, unfähig in der Zukunft Parteiämter zu bekleiden. Aber sie lehnten die Beitragsperre ab, diesen Akt der organisatorischen Detrouffierung des Parteivorstandes, sie lehnten die Verständigung der oppositionellen Organisationen ab, den einzigen Weg seiner praktischen Bekämpfung!

So sehen die angekündigten Taten des Parteizentrums aus. Und dann wundern sich diese Leute, daß

die Männer der eisernen Konsequenz — wie es die Sozialpatrioten sind — für sie nur Hohn übrig haben!

Indem die Zentrumsleute so dazu beitragen, daß die Entrüstung der Berliner Arbeiterschaft sich in hohlen Demonstrationen verpufft, stärken sie, ob sie es wollen oder nicht, die Position des Parteivorstandes. Aus allen oppositionellen Organisationen kommen Nachrichten, daß Arbeiter aus Ekel vor diesem „Kampfe“ austreten. Diejenigen, die bleiben, verlieren jeden Glauben an den Ernst der ganzen Protestiererei.

Wenn die „Leipziger Volkszeitung“, jetzt das Hauptorgan des Zentrums, die Berliner „Taten“ der Haase u. Ko. als „Merkstein“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung, als Zerschneiden des Tuches zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem Parteivorstand ankündigt, wenn sie schreibt: „Was die Ebert, Scheidemann, Müller und Konsorten getan haben, das scheidet sie von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für immer, und wer mit ihnen am selben Tische sitzen bleibt, der rechnet für uns zu Begünstigten ihrer Tat“ — so antworten wir dem „tapferen“ Blatt: das Zentrum fordert die Redakteure des „Vorwärts“ zum Verbleiben an demselben Tische mit den Müllers auf; das Zentrum ist gegen die Spaltung; es will also mit den Scheidemannern an demselben Tische bleiben. Will die „Leipziger Volkszeitung“ nicht als Fehler der Sozialpatrioten dastehen, will sie — und mit ihr das Zentrum — nicht als Begünstiger der Sozialpatrioten wirken, dann mögen die Führer des Zentrums sich beeilen, offen zu erklären: Wir werden niemals dulden, daß die Sozialpatrioten den Parteivorstand in den Händen behalten; sollten sie eine Mehrheit auf dem Parteitag erringen, so treten wir aus der Partei aus; die Spaltung muß kommen, und wir müssen sie schon jetzt vorbereiten. Solange die Zentrumsleute dies nicht sagen, sind sie die Fehler der Taten der Sozialpatrioten, die sie als ehrlos charakterisieren.

Würden die Zentrumsleute diese Versicherung abgeben, nun, dann sind sie politische Kinder, wenn sie in dem Bewußtsein, daß es zur Spaltung kommen muß, ihre bisherige Politik treiben. Aber sie werden eine solche Erklärung niemals abgeben. Ihr Gegensatz zu den Linksradiakalen resultiert daraus, daß sie die Einheit mit den Sozialpatrioten über alles stellen. Und von ihrem Standpunkt aus haben sie Recht. Von den Linksradiakalen trennt sie die Frage der Massenaktionen, also die Tat. Von den Sozialpatrioten trennt sie nur die Geste der Opposition, während sie gleich ihnen die Massenaktionen ablehnen. Wegen der Geste aber trennt man sich nicht. Und darum mögen sie noch so sehr toben, sie werden nichts tun, was bewußt ihr Verhältnis zu den Sozialpatrioten in Stücke schlagen könnte.

Das mußten wir, und deshalb haben wir, als wir das Geschrei der Vorwärtsredakteure nach Taten vernahmen, uns keine Illusionen gemacht. Wir schwiegen, damit sich die Zentrumsleute ungestört kompromittieren könnten. Jetzt aber fragen wir diejenigen unter unsern Freunden, die gleich der Genossin Käthe Duncker annehmen, man müsse getrennt von den Zentrumsleuten marschieren, aber könne gemeinsam mit ihnen schlagen: Warum schlägt Teltow-Beeskow nicht gemeinsam mit den Zentrumsleuten? Weil diese gar nicht ans Schlagen der Sozialpatrioten denken! Fort

mit der Illusion von der gemeinsamen Kampf-front mit dem Zentrum! Zusammenschluß der Reihen der Linksradiakalen! Sie sind auf ihre eigene Kraft angewiesen!

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

2. Polen in der Gründungsepoche der Nationalstaaten.

Das historische Polen wurde am Ende des achtzehnten Jahrhunderts das Opfer des merkantilen Imperialismus. Es war eine Epoche der aufsteigenden modernen Staaten, eine Gründungsperiode der Nationalstaaten, die die Agonie des Polenreiches brachten. In Frankreich von Ludwig dem Vierzehnten inauguriert, in England von Cromwell mächtig in Fluß gebracht, um nachher auch in Mitteleuropa von Brandenburg-Preußen weiter gepflegt zu werden. Ludwig ist entschlossen, die Politik Mazarins fortzuführen, schreibt ein deutscher Geschichtsforscher, doch bereichert er sie um einen neuen Gesichtspunkt. Mazarin wollte nur die Grenzen Frankreichs verbessern. „Ludwig geht über Mazarin hinaus, indem er sich bemüht, Frankreich in die Reihe der Handelsmächte ersten Ranges einzuführen, die französische Industrie der Weltmacht zu erschließen. . . . Dieser Absicht entsprach eine Handelspolitik, die in Zöllen, Sperrn, Prämien und dergl. geeignete Mittel zur Hebung des heimischen Handels und der Industrie sah.“*

Der aufsteigende Kapitalismus brauchte eine starke Staatsmacht und ein ausgedehntes und sicheres Wirtschaftsgebiet. Das wurde das Ziel des aufgeklärten absoluten Herrschers Frankreichs, wie auch des Diktators Cromwell. „Festigung des Zusammenschlusses war das Motto von Cromwells Verfahren gegenüber Schottland und Irland; nie wurde das Inselreich fester zusammen geschmiedet und trug es mehr das Gepräge eines Einheitsreiches. . . . Gleichzeitig sorgte Cromwell für die Ausdehnung der Handelsbeziehungen; hier lautete die Losung, England sei bestimmt, das größte Emporium, das allgemeine Warenhaus der Welt zu werden.“**

Eine Epoche der merkantilistischen Kriege des 17. Jahrhunderts bricht herein, und eine Epoche der Kolonialkriege. Wer nicht zum Subjekt der merkantilistischen Entfaltung wurde — war der Gefahr ausgesetzt, ihr Objekt zu werden, auf dessen Konto sich die anderen bereichern sollten.

Dies wurde auch von den Staatskernern der deutschen Duodezürsten empfunden. Das Kurfürstentum Brandenburg, früher in beschaulicher Stille dahinlebend — sagt der schon zitierte Immich — war im 17. Jahrhundert durch eine Reihe von Erwerbungen auf Grund von Familienverbindungen in Deutschland zum größten Territorialstaat nach Oesterreich geworden. Durch den Besitz des Herzogtums Preußen war es gezwungen, im nordöstlichen Europa Stellung zu nehmen. . . . Kurfürst Friedrich Wilhelm betrachtete es als seine Aufgabe, Brandenburg zu einer Handelsmacht zu erheben“ und zu diesem Zwecke eine Staatsabrundung vorzunehmen.

* M. Immich, Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660—1789. S. 29.

** F. Salamon, Der britische Imperialismus. S. 67.

So bestand der Eroberungskrieg als Grundtendenz der Epoche des 17. und 18. Jahrhunderts, die als Epoche der Nationalstaaten im Westen bekannt ist. Diesen westlichen Nachbarn Polens gefellte sich in dieser Zeit im Osten Rußland, das moskowitzische Reich Peters des Großen, dessen Expansion grundverschieden war von der der westeuropäischen Staaten. Rußland wollte als Lieferant seiner reichen Naturprodukte auf den Märkten Europas erscheinen, und suchte den kürzesten Weg dazu. Auf dem Wege nach Europa standen im Nordosten Schweden und Polen, die ihm den Zugang zum Baltischen Meer versperrten. Dabei war Polen selbst ein solcher Lieferant, schon älteren Datums und mit wohl gepflegten Handelsbeziehungen. Der aufstrebende russische Kolos wollte die Stellung Polens einnehmen und er fühlte sich dazu kräftig genug. „Wie in Deutschland, kündigte sich auch in Rußland die kapitalistische Periode auf dem Lande als Periode des landwirtschaftlichen Großbetriebs auf Grundlage der leibeigenen Fronarbeit an. Der Sieg der absoluten Monarchie über den alten Erbadel wurde auf Kosten des freien Bauernstandes erkauft, der dem neuen Adel zum Opfer fiel. Und gerade zu der Zeit, da der russische Absolutismus im vollen Glanze seiner Macht auf die europäische Arena hinaus tritt, wird er entgültig eine Waffe in den Händen des Adels.“ So urteilt Rjasanoff in seiner Untersuchung über den Ursprung der Vorkherrschaft Rußlands in Europa. Diese, wie wir sie nennen würden, feudal-kapitalistische Expansion Rußlands im 17. und 18. Jahrhundert, die gut drei Jahrhunderte später auf den Plan trat, als die gleiche Erscheinung Polens, wurde für Polen ebenso gefährlich, wie die modern-kapitalistische Expansion des merkantilen Imperialismus der westeuropäischen Staaten.

Bei Beurteilung des Untergangs Polens haben die polnischen Historiker eben den oben geschilderten Expansionsbestrebungen der Nachbarstaaten, ihrer „persiden Politik“ und ihrer Eroberungsfucht die ganze Schuld dieses historischen Dramas zugeschoben. Wie umgekehrt die Historiker der Teilungsmächte die Auflösung Polens der „polnischen Wirtschaft“ selbst zugeschrieben haben. Auf dieser und jener Seite wird nur mit einer halben Wahrheit operiert, denn das polnische Problem jener Epoche bestand nicht darin, daß der merkantile Imperialismus die westeuropäischen Staaten zur Abrundung ihres Wirtschaftsgebietes zwang, sondern eben darin, daß Polen dieser Tendenz der Konsolidierung und Festigung des staatlichen Gebäudes nicht unterworfen war. Warum ist Polen nicht in die Schranken getreten, als die Grundlagen der modern-kapitalistischen Wirtschaft gelegt wurden? Die Ursachen dieser historischen Erscheinung kann man nicht in der Wirtschaftsverfassung des Polens des 17. oder gar des 18. Jahrhunderts allein suchen, sondern man muß tiefer graben. Bereits im 14. Jahrhundert sind die Anfänge des Agrarexporthandels in Polen zu finden, die alle späteren Eigenschaften einer engherzigen, exklusiven Adels Herrschaft mit sich brachten.

Nur auf den Agrarexport aufgebaut und auf ihn allein angewiesen, wurden die Agrarproduzenten die dominierende Schicht der Gesellschaft. Ihre Interessen wurden zu den Staatsinteressen erhoben und ihnen die aller übrigen Schichten der Bevölkerung unterstellt. So wurde

der Adel, der eben der Agrarproduzent war, zu dem einzigen Staatslenker, dem natürlich alles übrige dienstbar gemacht werden mußte. Zuerst wurde dem Adel, der Großgrundbesitzer und Gutsherr wurde, die Bauern geopfert. Den freien und nur wenig abhängigen Bauern des 12. und 13. Jahrhunderts nahm man allmählich bis Ende des 16. Jahrhunderts alle Rechte und unterstellte ihn vollständig der Macht des adligen Gutsherrn. Zur Zeit der glänzendsten Entfaltung des polnischen Staates, zur Zeit, wo Polen als Agrarexportland das ganze Europa versorgt hat, erreichte die Entredung der Bauern ihren Höhenpunkt. Der Bauer wurde schollenpflichtig und dann leibeigen weil er die notwendigste Arbeitskraft war.

Eine weitere Folge dieser Entwicklungsrichtung der polnischen Wirtschaft war der Gegensatz des herrschenden gutswirtschaftenden Adels zu den Städten.

Zuerst kam der allgemeine Gegensatz von Stadt und Land. Und wenn in Westeuropa die Stadt als Sieger aus diesem Kampfe hervorging, freilich um gleich nachher den territorialen absoluten Fürsten weichen zu müssen und ein Baustein des Staatsgebäudes zu werden, war es in Polen anders geworden. Schon wegen der entlaufenden Bauern, die in der Stadt Zuflucht suchten — und dadurch überall, auch im Westen, zur Erweiterung der städtischen Bevölkerung das Meiste beigetragen hatten — mußten die adligen Gutsherren die Stadt unter ihre Gewalt bekommen. Und sie erreichten es, noch ehe die Städte zur Macht gelangen konnten. So wurden die Fundamente des städtischen Handelsstandes und des städtischen Handwerks untergraben. Mit ihnen auch die Anfänge des Handelskapitals.

Nun ging die innere Entwicklung Polens in aufsteigender Linie weiter, — so lange der Getreideexport sich erweitern konnte, wuchs Polen als Staat beständig im Ansehen. Mit ihm auch seine Expansionsbedürfnisse, feudal-agrarer Natur. Man suchte mehr Land und mehr Bauern in seine Gewalt zu bekommen. So ist die östliche Expansion Polens zu erklären, die tief in das 17. Jahrhundert hinein dauerte. Jedoch diese Expansion hatte mit dem merkantilen Imperialismus der Westmächte nichts gemein. Im Gegenteil, sie war nicht nur nicht staatsbauend, sondern wirkte dezentralistisch. „Die wirtschaftliche Expansion Polens nach Osten und die große Kulturarbeit“, die darin steckt“, sagt ein bürgerlicher Historiker, der Lemberger Professor Dembinski, „erschwerte die Zusammenfassung der staatlichen Gewalt in festen Formen. . . . Es werden Gedanken und Tendenzen der Staatsauflösung geboren. . . .“ „Der wirtschaftliche Charakter des Landes,“ sagt Dembinski weiter, „der agrarische Charakter der Gesellschaft, die in großen Ländereien zerstreut war, erschwerte die Kristallisation der Staatsidee. . . .“ Und tatsächlich ist aus den zeitgenössischen Aufzeichnungen zu ersehen, wie die Idee des Staates vollständig aufgelöst wurde. Das polnische Dorf der adlige Herrschaftssitz war schon am Ende des 16. Jahrhunderts ein Staat im Staate.

Nun konnte die Gefahr dieser Entwicklung so lange verborgen sein, wie Polen wirtschaftlich seinen Getreideexport weiter entfalten konnte, und so lange die westeuropäischen Mächte zu keiner staatlichen Konsolidation gelangt sind, und die merkantilistische Politik noch nicht ins Leben trat. Das änderte sich aber im 17. Jahr-

hundert. Die merkantilistische Idee der aktiven Handelsbilanz wurde von allen jungkapitalistischen Staaten angenommen, und entsprechend dieser Idee war man bestrebt so wenig als möglich im Auslande zu kaufen und so viel als möglich zu verkaufen. Polen fing allmählich an, sein Absatzgebiet zu verlieren.

Nun fängt die Epoche des Niedergangs Polens an. Je schwieriger die äußeren Verhältnisse waren, desto reaktionärer wurde im Inlande gehaust. Die Bauern wurden vollständig verklaut, die Städte geplündert und mit Steuerlasten zu Boden gedrückt. Aus der Weltpolitik wurde Polen als selbständige Macht hinausgeschleudert. Es wurde nur ein Mittel der großen Politik der westeuropäischen Mächte und ein Gegen der einen oder der anderen Mächtigkeitsgruppe in den großen Kämpfen des 17. Jahrhunderts, um endlich im 18. Jahrhundert ein Objekt der merkantilen imperialistischen Politik der führenden Mächte zu werden.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde diese einst so imponierende Macht durch die Nachbarstaaten so zermürbt, daß die Teilung zwischen diesen Nachbarn nur noch eine Frage der Zeit war; oder richtiger gesagt, man wartete ab, bis die Gegensätze und das Mißtrauen zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland der einheitlichen Auffassung in bezug auf die polnische Beute Platz gemacht hat.

Die in dieser letzten Epoche sich bemerkbar machende Regenerierungsbewegung in Polen blieb ausichtslos, weil sie von der herrschenden Klasse selbst ausging, und daher keine gründliche Arbeit vollbringen konnte. Diese Klasse mußte selbst untergehen, wenn der Staat leben sollte. Dazu konnte sich kein Teil der Adelsklasse entschließen, er wollte von seinen Vorrechten und Privilegien nichts opfern. Die einzige Klasse, die die historische Rettung des Staates vollbringen konnte, der dritte Stand, gestützt auf die breiten Schichten der frei gewordenen Bauernschaft, meldete sich nicht als Erbnachfolger. Durch die Jahrhunderte dauernde Unterdrückung blieb er unmündig. Für eine langsame Reformierung dieses morschen Gebäudes war keine Zeit mehr da. Die Nachbarstaaten wollten ihrer Erbschaft nicht verlustig gehen und tatsächlich ist ihnen die ganze polnische Erbschaft als reife Frucht der vielhundertjährigen Entwicklung in den Schoß gefallen. In den nacheinander folgenden Teilungen der Jahre 1772, 1793 und 1795 wurde die Adelsrepublik Polen vollständig zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen aufgeteilt.

Ehe aber die Freude über die Gebietserweiterungen war, brauste durch ganz Europa die französische Revolution. Auf dem Wiener Kongreß 1815 wurde ein Königreich Polen geschaffen, das den größten Teil des aufgeteilten Polenreiches der russischen Herrschaft überließ. Die weitere Entwicklung dieses Teiles des alten Polens war bestimmend für die Formulierung des polnischen Problems in der nachfolgenden Zeit.

Die erste Wahlschlacht des deutschen Parteizentrums.

Ein geschätzter Mitarbeiter schreibt uns noch über die Ersatzwahl in Grimma-Üschag:
Am 23. November fanden in dem zweiten sächsischen

Wahlkreise Grimma-Üschag Ersatzwahlen statt, in denen gegen den Konservativen Dr. Wildgrube, ein Anhänger der rücksichtslosesten imperialistischen Politik, der Zentrumsführer Richard Lipinski kandidierte. Da Lipinski Führer der großen Leipziger sozialdemokratischen Organisation ist, die in ihrer Mehrheit auf Seiten der Arbeitsgemeinschaft steht, da ihm im Wahlkampfe so maßgebende Führer der Arbeitsgemeinschaft, wie Haase und Geyer unterstützten, da der Kampf unter dem geistigen Patronate der „Leipziger Volkszeitung“ stattfand, des wichtigsten Organs des Zentrums, so ist dieser Wahlkampf als Beispiel dafür zu betrachten, wie das Zentrum vor der Arbeitermasse aufzutreten gedenkt.

Was war die erste Aufgabe des sozialdemokratischen Kandidaten in dem Wahlkampfe während des wütenden Krieges? Den Charakter dieses Krieges zu enthüllen, die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu ihm klar und ohne jede Floskel darzustellen und dann den Massen zu sagen, was sie zu tun haben. Denn selbst der blödeste Parlamentsanbeter kann nicht annehmen, daß, falls die 18 Männer der Arbeitsgemeinschaft und den neunzehnten vermehrt werden, sie irgend was zur wirklichen Aenderung der Sachlage tun könnten. Sie können die parlamentarische Tribüne nur dazu ausnützen, um den Volksmassen zu sagen, was ihre historische Aufgabe ist. Nun, sehen wir zu, wie das Zentrum der Partei in der Person Lipinskis seine Aufgabe erfüllt hat.

Er erklärte (siehe „Leipz. Volksztg.“ vom 28. Oktober) die ganze Sozialdemokratie stehe auf dem Boden der Landesverteidigung und die ganze Sozialdemokratie sei gegen Anexionen. „Was die Fraktion Arbeitsgemeinschaft von der Fraktion der sozialdemokratischen Partei trennt, liegt in der Wertung der einzelnen Tatsachen, die für die Beurteilung des Charakters des Krieges bestimmend sind. Die Arbeitsgemeinschaft tritt, wie die Fraktion, für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein, sie lehnt es aber ab, imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen.“ Und als Beweis der Richtigkeit, daß es sich um einen Eroberungskrieg handele, zitierte Lipinski die Ausführungen des Kanzlers. Punktum und basta. Das Zentrum der Partei will daselbe, was die Scheidemannier wollen, nur traut es dem Reichskanzler nicht, während Scheidemann ihm traut. Auf die Frage, warum er, obwohl Anhänger der Vaterlandsverteidigung, gegen die Kredite stimme, erklärte Lipinski, das geschehe zum Protest gegen die Annerionspläne. Der Soldat habe aber seine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen.

So sah der Zentrumskampf gegen den Imperialismus und seine Knechte, die Sozialpatrioten, aus. Wählt mich, ich werde die Kredite ablehnen, weil ich dem Kanzler mißtraue, ihr aber seid hübsch stille und helfst dem deutschen Imperialismus die Pläne ausführen, die ich als Abgeordneter verurteile. Das alles zusammen ist sozialistische Politik auf dem Boden der Landesverteidigung; das ist der Kampf gegen den Imperialismus! So zeigte die Arbeitsgemeinschaft vor dem Angesicht der Massen, daß sie von den Sozialpatrioten nur die parlamentarische Geste trennt.

Die Wahl endete mit dem Sieg der Konservativen: dieser erhielt zirka 8000, Lipinski über 6000 Stimmen. Zwischen den Sozialpatrioten und den Arbeitsgemeinschaftlern ist nun ein Kampf über diesen Ausgang

2018

entbrannt. Die Sozialpatrioten behaupten, daß nur die Zweideutigkeit der Haltung Lipinskis, der Gegensatz zwischen seinem Patriotismus und seiner Ablehnung der Kriegskredite die Niederlage verursacht habe. Die „Leipz. Volksztg.“ betont stolz, daß es sich trotz allen Geschreis der Sozialpatrioten gezeigt habe, daß hinter den Kreditverweigern Massen stehen. Wir haben nur dazu zu bemerken: wie kann die „Leipziger Volkszeitung“ beweisen, daß die 6000 Stimmen auf Lipinski wegen der Kreditverweigerung gefallen seien und nicht wegen seines Patriotismus? Das ist eben das Wesen der Zentrums politik, daß sie ein Zwitter ist, daß man bei ihr nicht weiß, ob sie patriotisch oder nicht patriotisch ist. Und weil niemand das wissen kann, kann sie auch nicht zum Prüfstein der Stimmung der Massen werden. Sie hat nichts von den Massen im Wahlkampf gefordert, sie hat ihr Bewußtsein um nichts bereichert, als um die interessante Tatsache, daß Herr Lipinski aus Leipzig dem Reichskanzler nicht traut! Darum kann man auf Grund des Wahlausganges nicht wissen, was die 6000 Arbeiter selbst wollen, die für Lipinski gestimmt haben.

Die erste Wahlschlacht des Zentrums zeigt, daß es wie im Parlament so auch vor den Massen zu keiner eindeutigen Tat fähig, daß es die verkörperte Zweideutigkeit, d. h. Kampfllosigkeit ist.

Aus unserm politischen Tagebuch.

12. Dezember.

Von den Linksradikalen wurde der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen folgende Resolution unterbreitet:

Die Sozialdemokratie ist die politische Vertreterin des klassenbewußten Proletariats. Der auf dem ständig sich verschärfenden Klassengegensatz zur Bourgeoisie beruhende Klassenkampf ist das Rückgrat der sozialdemokratischen Politik.

Die auf die Kreditbewilligung vom 4. August 1914 folgende sozialdemokratische Politik und die sich aus ihr ergebenden sozialimperialistischen Konsequenzen, sowie die Politik des Burgfriedens bedeuten einen schroffen Bruch mit der Politik des Klassenkampfes. Der Parteivorstand, als hervorragendster Vertreter der Politik des Sozialpatriotismus, hat das Recht verwirkt fernerhin als Vertreter der Interessen des Proletariats zu gelten, da die von ihm vertretene Politik eine den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzte bürgerliche Politik ist.

Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert mithin den schärfsten Kampf gegen den bewußt oder unbewußt im Dienste des Bürgertums und seiner imperialistischen Politik stehenden Parteivorstand. Zu diesem Kampf gehört nicht nur die unausgesetzte Aufklärung der Arbeitermassen über das Wesen des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, sondern auch die Entwindung der organisatorischen Machtmittel aus den Händen des Parteivorstandes. Gestützt auf diese Machtmittel war es dem Parteivorstand möglich, vom ersten Tag des Krieges an bis heute seine Politik unter Anwendung rücksichtslosester Gewalt durchzusetzen. So brachte er die Opposition der Reichstagsfraktion monatelang um jedes parlamentarische Recht; so warf er, wo er nur irgend die Macht dazu hatte, unbehagliche oppositionelle Parteiredakteure skrupellos aufs Pflaster; so verweigerte er jedes Entgegenkommen zu geheimer Arbeit auf demokratischer Grundlage in Parteigeschäften, an denen er als Firmenträger beteiligt ist; so nahm er den oppositionell gesinnten Berliner Arbeitern, ja der oppositionell gesinnten Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse das „Zentralorgan“ der Partei und wandelte es in ein Organ für die Interessen des liberalen Bürgertums um. Gestützt auf die Machtmittel der Partei, spielt er sich Tag für Tag als der Vertreter des Willens der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands auf.

Jeder Arbeitergroßhändler in den Händen dieses Parteivorstandes verringert die Macht der Arbeiterklasse; jeder Arbeitergroßhändler, diesem Parteivorstande anvertraut, wird von ihm mißbraucht; jeder Arbeiter-

großhändler, diesem Parteivorstande übergeben, vergrößert das Ansehen des Parteivorstandes und vermindert das Ansehen der Arbeiterklasse, schenkt dem Parteivorstand noch weiteres Vertrauen, wo abjolutes Mißtrauen gegen ihn das Gebot der Selbsterhaltung der Arbeiterklasse ist.

Aus diesen Gründen ist die Beitragsperre eines der wenigen Kampfmittel, die der Arbeiterklasse unter dem Belagerungszustand gegen den Parteivorstand zu Gebote stehen. Nicht die Vollstrecker der Beitragsperre, die damit nur ihre elementarsten Klasseninteressen wahren, stellen sich außerhalb der Partei, sondern einzig und allein die Vertreter der Politik des 4. August.

Die Beitragsperre ist kein Mittel, die Macht des Parteivorstandes zu brechen; aber ihre Durchführung ist der sichtbare Ausdruck des schärfsten Mißtrauens der Arbeiter zu der Politik des Parteivorstandes als einer Politik, die im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats steht.

Ihre Durchführung ist zu betrachten als vorbereitender Schritt zur Spaltung mit den Sozialpatrioten. Die Beitragsperre das Mittel, die Spaltung der Zweck: nur unter dieser Parole entspricht die Durchführung der Beitragsperre den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse.

Zeugen und Rufer.

Es liegt schon in der Abstammung des Menschen aus dem Tierreich, daß der Mensch die Bestie niemals los wird, daß es sich also immer nur um ein Mehr oder Minder, um einen Unterschied des Grades der Bestialität resp. Menschlichkeit handeln kann.

Engels: Eugen Dühring. (1877—87.)

Nur im Streite kann die Wahrheit gedeihen. Es stehen noch ganz andere Kriege bevor über dieselbe, als wir bis jetzt erlebt haben.

Handeln, handeln, das ist die Sache. Was hilft uns das bloße Wissen?

Was hilft alles Wissen, hört man zuweilen sagen, wenn nicht danach gehandelt wird? In diesem Aussprüche wird das Wissen als Mittel für das Handeln und dieses letztere als der eigentliche Zweck angesehen. Man könnte umgekehrt sagen: wie kann man doch gut handeln, ohne das Gute zu kennen? und es würde in diesem Aussprüche das Wissen als das Bedingendes des Handelns betrachtet. Beide Aussprüche aber sind einseitig, und das Wahre ist, daß beides, Wissen sowie Handeln, auf dieselbe Weise untrennliche Bestandteile des vernünftigen Lebens sind.

Sichte. (1762—1814.)

Das Märchen vom Reichtum und der Not.

Es war einmal Bruder und Schwester:

Der Reichtum und die Not;
er schwelgte in tausend Pfaffen,
sie hatte kaum trocken Brot.

Die Schwester diente beim Bruder
viel hundert Jahre lang;
ihn rührt es nicht, wenn sie weinte,
noch wenn sie ihr Leiden besang.

Er fluchte und trat sie mit Füßen,
er schlug ihr ins sanfte Gesicht;
sie fiel auf der Erde und flehte:
Hilfst du, o Gott, mir nicht?

Wie wird das Lied wohl enden?

Das ist ein traurig Lied!

Ich will's nicht weiter hören,
wenn nichts für die Schwester geschieht!

Das ist das Ende vom Liede,
vom Reichtum und der Not:
An einem schönen Morgen
schlug sie ihrem Bruder tot!

Glasbrenner.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik



Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Nr. 27

Er erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 23. Dezember 1916

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Friede auf Erden	Seite 209
Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes	210
Die Beitragsperre und ihre Probleme	212
Gewerkschaftsprobleme	214
Aus unserm politischen Tagebuch	215
Feuilleton:	
Die Blutrache zu Weinsberg. Von W. Zimmermann	216
Szene aus „Egmont“. Von W. v. Goethe	216
Zeugen und Rufer	216

Friede auf Erden!

Als Herr von Bethmann-Hollweg am 12. Dezember dem Reichstag in feierlicher Sitzung mitteilte, daß die Zentralmächte bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, durfte er sich als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik keinen Augenblick im Unklaren darüber sein, welche Wirkung das Friedensangebot bei der Entente auslösen werde. Und so erklärte er von vornherein, daß im Falle der Ablehnung „bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz aufs neue aufflammen wird in heiligem Zorne gegen die Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden keinen Einhalt tun wollten“. Die Erregung dieses „heiligen Zornes“ in Deutschland, die Erregung des Furor teutonicus, wie Hindenburg es nannte, wird bei Abweisung des Angebots der Zentralmächte erwartet, und sobald die Ablehnung der Ententemächte in aller Form vorliegen wird, wird die patriotische Presse in diesem Sinne all ihre Kräfte anstrengen, nachdem sie schon jetzt das Hauptaugenmerk auf diesen Punkt gelenkt hat. Außerdem konnte noch die Hoffnung bestehen, daß das Friedensangebot die kriegsmüden Elemente der Ententemächte stärken und zur Aktion antreiben werde.

Herr von Bethmann-Hollweg kennt so gut wie einer das Wesen dieses Krieges. Er weiß, daß dieser Krieg ein imperialistischer Krieg ist, in dem jede der beteiligten Koalitionen die Grundlagen ihrer Macht zu stärken sucht. Er kann den Ententeregierungen keinen Frieden anbieten, der für sie annehmbar wäre, solange sie nicht besiegt sind. Die von ihm nicht bekannt gegebenen Friedensbedingungen werden zwar nicht übereinstimmen mit den Forderungen der Wirtschaftsverbände; aber schon erklärte der russische Minister des Aeußeren, daß von etwelchen realen Bedingungen in der deutschen Note überhaupt nicht die Rede sei. Trotzdem kann es die Absicht des imperialistischen Deutschlands nur sein, eine Stärkung der Weltposition Deutschlands im Westen und Osten, wie des ganzen Vier-

bundes im Südosten zu erstreben. Die Friedensbedingungen werden dem mitteleuropäischen Plane die Wege ebnen, den deutschen Kolonialbesitz vergrößern, die Freiheit der Meere sichern. Und etwas anderes ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus nicht möglich.

Deutschlands und seiner Verbündeten Waffen haben bis jetzt die Oberhand behalten. Die Zentralmächte können sich noch so sehr zur Mäßigung genötigt sehen: auf die Erweiterung ihrer Macht werden sie nicht verzichten. Denn an dem Tage, wo die deutsche Regierung den maßgebenden Schichten sagen würde: die Kriegsschuld beträgt siebzig Milliarden, ungeheure Opfer wurden draußen und daheim gebracht; aber es bleibt alles beim alten: an dem Tage, wo sie das den besitzenden Klassen Deutschlands sagen würde, hätte sie diese sofort zu ihren Gegnern. Wenn aber keine Rücksicht auf die möglichen Schwierigkeiten des morgigen Tages die Zentralmächte zum vollen Verzicht auf die imperialistischen Pläne zwingen kann, so können auch die Ententemächte ohne endgültige Niederlage aus genau denselben Gründen den deutschen Friedensangeboten nicht zustimmen.

England trat freiwillig in den Krieg, es hat nicht einmal die Ausrede der übrigen, daß es angegriffen worden sei. Soll jetzt das englische Kapital nach zweieinhalb Jahren des Krieges, der seine Lage auf dem Weltmarkt, den inneren Aufbau seiner Industrie vollkommen geändert und die politischen Verhältnisse im Innern ungeheuer verschärft hat, erklären: alles das ist nur geschehen, damit Deutschland gestärkt werde? Solange England nicht auf die Knie gezwungen ist oder die City nicht die Faust der Revolution an der Kehle fühlt, wird es weiterkämpfen. Es wird weiter seine Milliarden in den russischen Rachen stopfen; es wird weiter Frankreich aufmuntern; es hofft noch immer auf die Besserung seiner militärischen Lage, auf die Erschöpfung der Zentralmächte. Es ist lächerlich, dem gegenüber Zweifel auszudrücken, ob die Hoffnungen Englands erfüllt werden, lächerlich in Enttäuschung zu machen über seinen bösen Willen.

Für sie alle kommt nur Sieg oder Niederlage in Betracht, weil der Krieg jetzt seine eigene Logik hat, nachdem man schon so weit gegangen ist. Und deswegen können sie durch keine Zweifel — und mögen sie noch so berechtigt sein — von weiterem Kämpfen zurückgehalten werden, solange auch nur ein leichter Schimmer der Hoffnung auf Besserung ihrer Lage besteht. Der August 1914 war für alle Kriegsmächte ein Sprung ins Dunkle: jeder hoffte auf Stärkung seiner Macht. Und jetzt, nach 28 Monaten schrecklichsten Ringens, kann nur Deutsch-